

EU-Zukunftskonferenz: Ein Versuch, mehr Demokratie zu wagen

Unterschiedliche Interessen und Erwartungen begleiten den Start am 9. Mai

Stefano Milia, Patrick Stockebrandt, Julien Thorel



Am 9. Mai 2021, dem Europatag, soll die Zukunftskonferenz der Europäischen Union in Straßburg eröffnet werden. Das Centres for European Policy Network weist auf Chancen und Risiken der Konferenz hin.

Kernthesen

- ▶ Die Zukunftskonferenz stellt eine Gelegenheit dar, die partizipative Demokratie in der EU zu fördern, weil die Bürger aktiv in die Diskussion einbezogen werden sollen.
- ▶ Derzeit wird allerdings noch heftig darüber gestritten, welches Gremium am Ende Reformvorschläge beschließt: die „Plenarversammlung“ oder der „Exekutivausschuss“, der sich aus führenden Politikern der EU-Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rats zusammensetzt.
- ▶ Das Vorhaben ist nicht ohne Risiko, denn in dem Augenblick, in dem die Erwartungen der Bürger geweckt und gesteigert werden, entsteht Enttäuschung, wenn keine konkreten Ergebnisse erzielt werden können.
- ▶ Trotz des an sich hohen Interesses an der Konferenz in vielen Mitgliedstaaten ist der Ausblick auf die tatsächliche Teilnahme der EU-Bürger verhalten: EU-weit ist nur eine knappe Mehrheit überhaupt bereit, sich persönlich an den Aktivitäten im Rahmen der Zukunftskonferenz tatsächlich zu beteiligen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	3
2	Die öffentliche Wahrnehmung der Zukunftskonferenz	4
3	Die Themen der Zukunftskonferenz	5
4	Gremien und Struktur der Zukunftskonferenz	6
4.1	Der Exekutivausschuss	6
4.2	Die Plenarversammlung	7
4.3	Digitale Plattform und Europäische Bürgerforen.....	8
5	Ausblick	8

1 Einführung

Am 9. Mai 2021 soll aller Voraussicht nach¹ die Eröffnungsveranstaltung der seit einem Jahr hinausgezögerten „Konferenz zur Zukunft Europas“ stattfinden.² Die Idee einer „Zukunftskonferenz“ wurde erstmals von Staatspräsident Macron in seinem „Für eine Wiedergeburt Europas“ betitelten Presse-Aufruf im Vorfeld der Europa-Wahlen im März 2019 entwickelt. Nach den Wahlen nahmen die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat diesen Vorschlag bereitwillig auf, da sie eine solche Konferenz und die damit einhergehende Debatte über die Zukunft Europas für sinnvoll und notwendig halten.

Ursprünglich hätte die Konferenz bereits am 9. Mai 2020 starten, während der darauffolgenden deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 eröffnet und zwei Jahre später von der französischen Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden sollen.³ Die Konferenz wurde nicht nur infolge der COVID-19-Pandemie, sondern auch aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über die Struktur der Konferenz verschoben.⁴ Zum einen wurde z.B. über die Zusammensetzung des Vorstandes gestritten. Schlussendlich wurde ein gemeinsamer Vorsitz der drei EU-Organe Kommission, Rat und Parlament vereinbart.⁵ Zum anderen bestand Uneinigkeit über die Ziele und den Ausgang der Konferenz: Die Mitgliedstaaten lehnten noch im Februar in einer gemeinsamen Position des Rates eine mögliche Vertragsänderung ab⁶, was nach Auffassung des EU-Parlaments offengelassen werden sollte⁷. Schließlich zeigte Bundeskanzlerin Merks Stellungnahme hinsichtlich der gesundheitspolitischen Kompetenzen der EU vor den Abgeordneten des Europäischen Volkspartei, dass eine Vertragsänderung doch in Erwägung gezogen werden könnte.⁸ Außerdem erhofft sich das Parlament beispielsweise auch, dass die Konferenz ihm den Weg zur seit langem reklamierten Gesetzgebungsinitiative öffnet und Klarheit über das „Spitzenkandidatensystem“⁹ schafft.

Bereits in den Arbeitsaufträgen für die neue Europäische Kommission bekräftigte deren Präsidentin Ursula von der Leyen den Wunsch, dass die europäische Demokratie gestärkt wird: „Demokratie bedeutet mehr, als alle fünf Jahre zu den Wahlen zu gehen. Sie bedeutet, dass man sich Gehör verschaffen und die Gesellschaft mitgestalten kann.“¹⁰ Zu diesem Zweck wurde am 19. April eine digitale Bürgerplattform eröffnet, die es den Menschen ermöglichen soll, „ihre Ideen, Sorgen, Hoffnungen und Träume mitzuteilen“ bzw. „unterschiedliche Ansichten offen und ohne Tabus zu diskutieren“.¹¹ Die Konferenz setzt sich also zum Ziel, den Politikbetrieb hinter verschlossenen Türen aufzubrechen und die Zivilgesellschaft, insbesondere die jüngeren Generationen mehr einzubeziehen. Damit die

¹ Selbst darüber wird gestritten; siehe « EU-Zukunftskonferenz droht Auftakt-Debakel », [Spiegelonline](#), 6.5.2021.

² Siehe J. Mintel/J. Plottka (2021), [Chronology of Negotiations on the Conference on the Future of Europe](#), IEP Berlin/Friedrich-Ebert-Stiftung.

³ Siehe das sog. deutsch-französische „Non paper“ aus 2019: <https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2019/11/Conference-on-the-Future-of-Europe.pdf>, S. 2.

⁴ Janis A. Emmanouilidis & Johannes Greubel (2021), [„Positions of EU-Institutions – Comprehensive Summary of Key Elements“](#), European Policy Centre (EPC), Brussels.

⁵ Bestehend aus der Vorsitzenden der EU-Kommission, Ursula von der Leyen; dem Vorsitzenden des EU-Parlamentes David Sassoli; und des Vorsitzenden des Europäischen Rates – derzeit Antonio Costa (Portugal).

⁶ „The Conference does not fall within the scope of Article 48 TEU“. Siehe Council of the European Union, [„Conference on the Future of Europe - revised Council position“](#), Punkt 21, Brüssel, 3.2.2021.

⁷ Siehe [„European Parliament resolution of 18 June 2020 on the European Parliament’s position on the Conference on the Future of Europe \(2020/2657\(RSP\)\)“](#).

⁸ Siehe euractiv.de (2021), [„Merkel bei Stärkung der EU im Gesundheitsbereich offen für Vertragsänderungen“](#).

⁹ [cepAdhoc „Werte und Rechte in Europa“](#), S. 2.

¹⁰ EU-Kommission, „Kommission von der Leyen: Eine Union, die mehr erreichen will“, [Pressemitteilung vom 10.9.2019](#).

¹¹ EU-Kommission, „Konferenz zur Zukunft Europas: Start der Bürgerplattform am 19. April“, [Erklärung vom 7. April 2021](#).

Konferenz zur Zukunft Europas erfolgreich sein kann, wurde ein Diskussionsforum geschaffen, das die Bürger der 27 Mitgliedstaaten tatsächlich einzubinden vermag, sodass deren Ideen auch in die Schlussfolgerungen der Konferenz einfließen können.

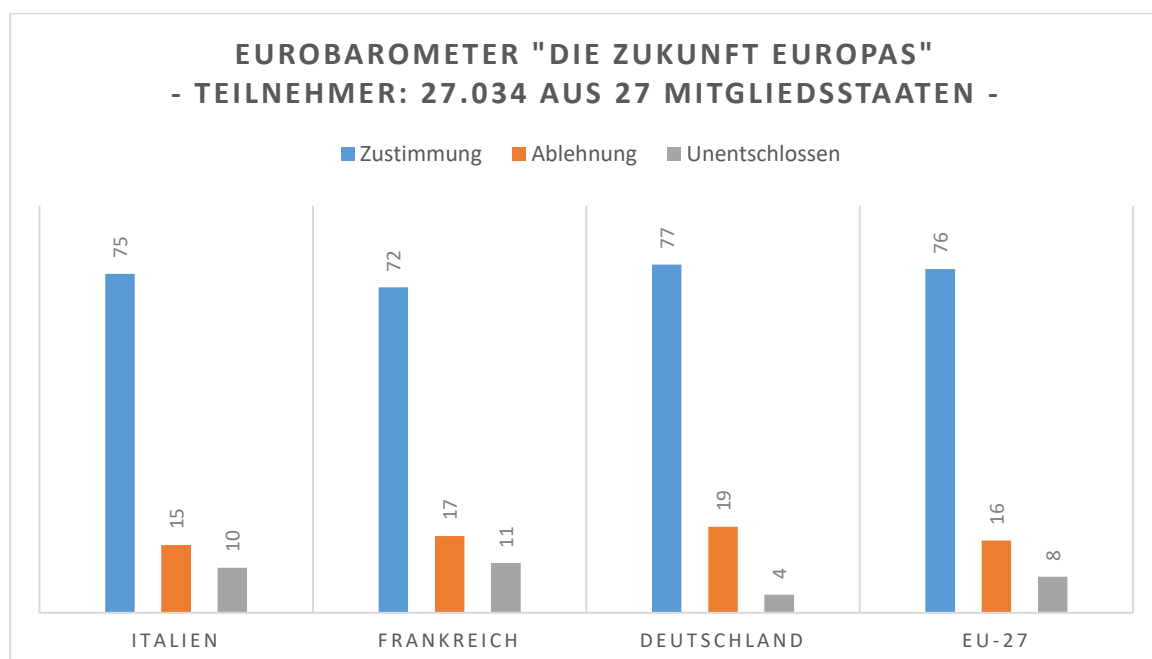
Nachfolgend wird eine Bestandsaufnahme zur öffentlichen Wahrnehmung der Konferenz – in der EU im Allgemeinen, aber speziell auch in Deutschland, Frankreich und Italien – vorgenommen (Kapitel 2) und anschließend auf die Themen (Kapitel 3) und sowie auf die Gremien und Struktur der Zukunftskonferenz (Kapitel 4) eingegangen.

2 Die öffentliche Wahrnehmung der Zukunftskonferenz

Die Zukunftskonferenz soll einen Raum für Debatten mit den Bürgern der EU ermöglichen.¹² Es ist ein herausforderndes Ziel in einer Europäischen Union bestehend aus 27 Mitgliedstaaten und etwa 450 Millionen Einwohnern. Die digitale Plattform zur Konferenz¹³ stellt die technische Grundlage für die Beteiligung der EU-Bürger dar. Neben dem Aspekt der „technischen“ Machbarkeit wird der Erfolg der Konferenz aber vor allem auch davon abhängen, ob die EU-Bürger die Möglichkeiten zur Teilnahme auch tatsächlich wahrnehmen werden.

In einer speziell für die Zukunftskonferenz durchgeführten EU-weiten Umfrage der Kommission und des Europäischen Parlaments („Eurobarometer“)¹⁴ zeigt sich, dass die Achtung der Demokratie zu den wichtigsten Vorzügen der EU gezählt wird.¹⁵ Eine überwiegende Mehrheit sieht die Konferenz als deutlichen Fortschritt für die Demokratie innerhalb der EU. Dies gilt insbesondere auch für Italien, Frankreich und Deutschland:

Abb. 1: Zukunftskonferenz als Fortschritt für die Demokratie innerhalb der EU



Quellen: [Eurobarometer „Die Zukunft Europas“](#) (2021), S. 18; [Anlage zum Eurobarometer](#) (2021), S. T9.

¹² EU-Parlament/Rat/EU-Kommission (2021), „[Gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas](#)“, S. 1.

¹³ Siehe hierzu unten, Kapitel 4.3

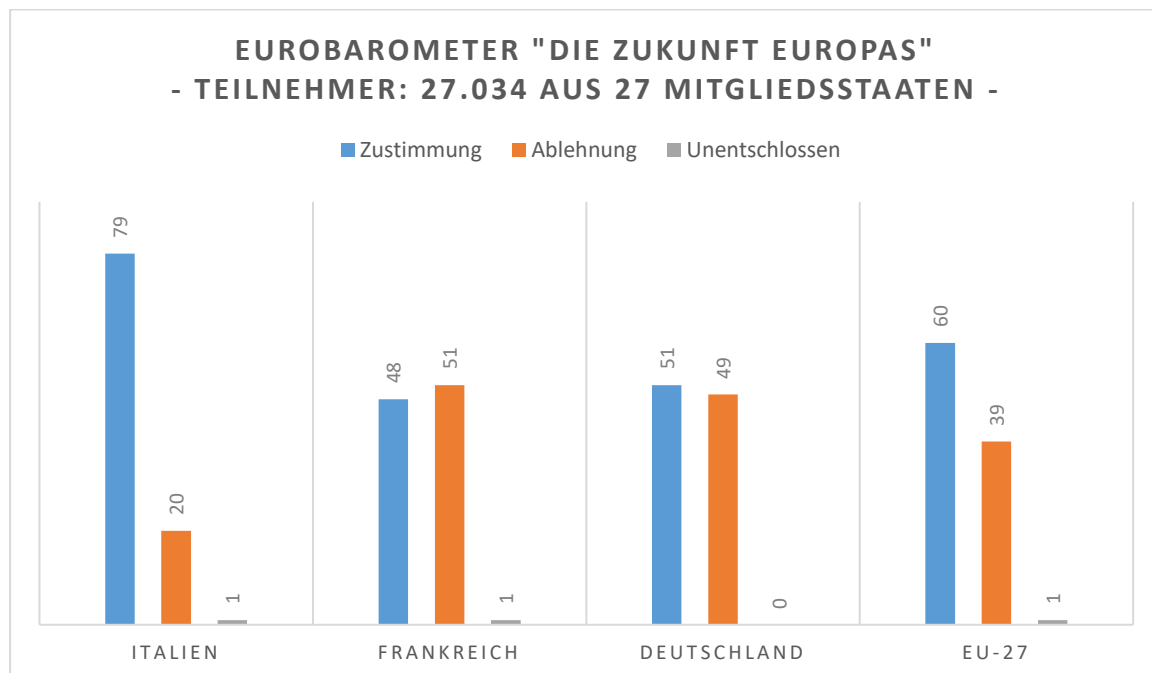
¹⁴ Siehe „[Future of Europe Survey](#)“.

¹⁵ Eurobarometer (2021), „[Die Zukunft Europas](#)“, S. 18: 32% im EU-weiten Durchschnitt.

51% der EU-Bürger wollen sich aktiv an der Zukunftskonferenz beteiligen¹⁶ und 92% bei den Entscheidungen über die Zukunft Europas auch mehr berücksichtigt werden.¹⁷ Je mehr Beteiligung an der Zukunftskonferenz erreicht werden kann, desto deutlicher kann sie als Impulsgeber für die weitere Entwicklung der Europäischen Union dienen.

Thematisch war es vor allem die COVID-19-Pandemie, die die EU-Bürger dazu veranlasst hat, über die Zukunft Europas nachzudenken. Dies gilt ganz besonders für Italien, aber auch – jedoch in deutlich abgeschwächter Form – für Deutschland und Frankreich:

Abb. 2: COVID-19-Pandemie als Anlass, über die Zukunft Europas nachzudenken



Quellen: [Eurobarometer „Die Zukunft Europas“](#) (2021), S. 12 und S. 13.

3 Die Themen der Zukunftskonferenz

Die drei für die Zukunftskonferenz verantwortlichen EU-Organen – Kommission, Parlament und Rat – haben in einer „Gemeinsamen Erklärung“¹⁸ die Eckpfeiler der Konferenz dargelegt. Darin werden das Mandat und v.a. die Themen der Konferenz spezifiziert.

Für die konkrete Umsetzung gibt es aber auch heute noch unterschiedliche Vorstellungen und manche politischen Spannungen zwischen den Beteiligten. Dies deutet darauf hin, dass Konkretisierungen und Änderungen auch noch nach der formellen Eröffnung der Zukunftskonferenz erfolgen werden.

Zu den Themen der Konferenz hält die „Gemeinsame Erklärung“ fest¹⁹:

¹⁶ Eurobarometer (2021), [„Die Zukunft Europas“](#), S. 3: 51% im EU-weiten Durchschnitt.

¹⁷ Eurobarometer (2021), [„Die Zukunft Europas“](#), S. 9: 92% („stimme voll und ganz zu“ sowie „stimme eher zu“) zu 6% („stimme eher nicht zu“ sowie „stimme überhaupt nicht zu“) und 2% („weiß nicht“) im EU-weiten Durchschnitt.

¹⁸ EU-Parlament/Rat/EU-Kommission (2021), [„Gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas“](#).

¹⁹ EU-Parlament/Rat/EU-Kommission (2021), [„Gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas“](#), S. 4.

- „Aufbau eines gesunden Kontinents, Bekämpfung des Klimawandels und Bewältigung der ökologischen Herausforderungen, eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität zwischen den Generationen, der digitale Wandel Europas, europäische Rechte und Werte einschließlich Rechtsstaatlichkeit, Herausforderungen im Bereich Migration, Sicherheit, die Rolle der EU in der Welt, die demokratischen Grundlagen der Union und die Stärkung der demokratischen Prozesse der Europäischen Union“.
- „Daneben können auch Querschnittsthemen erörtert werden, die die Fähigkeit der EU betreffen, ihre politischen Prioritäten umzusetzen, beispielsweise bessere Rechtsetzung, Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, die Umsetzung und Durchsetzung des Besitzstandes sowie Transparenz“.
- „Das Themenspektrum der Konferenz sollte den Bereichen Rechnung tragen, die in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union fallen, oder in denen das Handeln der Europäischen Union für die europäischen Bürgerinnen und Bürger von Nutzen wäre“.
- „Die Bürgerinnen und Bürger können darüber hinaus weitere Themen ansprechen, die ihnen am Herzen liegen“.

Dies übersetzt sich in 10 Themenfelder, die auf der digitalen Plattform angesprochen werden können: (1) Klimawandel und Umwelt; (2) Gesundheit; (3) Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; (4) Die EU in der Welt; (5) Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; (6) Digitaler Wandel; (7) Demokratie in Europa; (8) Migration; (9) Bildung, Kultur, Jugend und Sport sowie (10) „Weitere Ideen“.²⁰

4 Gremien und Struktur der Zukunftskonferenz

Die Zukunftskonferenz verfügt über einen Exekutivausschuss für die faktische Leitung (4.1), eine Plenarversammlung für die Beschlussfassung (4.2) sowie eine digitale Plattform und Bürgerforen für die Beteiligung der Bürger (4.3).

4.1 Der Exekutivausschuss

Nachdem sich ein Großteil der Diskussionen zwischen den verantwortlichen EU-Organen fast ein Jahr lang um die Frage des Vorsitzes der Zukunftskonferenz gedreht hatte, wurde spätestens seit seiner ersten Sitzung am 24. März 2021 deutlich, dass wohl der zwischenzeitlich eingerichtete Exekutivausschuss (EA) dazu bestimmt ist, zum Mittelpunkt der Führung und Organisation der Konferenz zu werden.

Der EA hat bereits mehrfach getagt und sich eine Geschäftsordnung gegeben.²¹ Er will Beschlüsse nach dem Konsensprinzip fassen. Der EA wird auch die Aufgabe haben, die Ideen, die von der digitalen Plattform kommen, zu sammeln, zu ordnen und auszuwerten.

Seine Zusammensetzung trägt insbesondere dem Anliegen Rechnung, ein Gleichgewicht zwischen den drei verantwortlichen EU-Organen zu gewährleisten, wobei gleichzeitig aber auch die verschiedenen Fraktionen im Europäischen Parlament vertreten sein sollen.

²⁰ Siehe Webseite der digitalen Plattform: <https://futureu.europa.eu/>.

²¹ Siehe voraussichtliche „[Rules of Procedure](#)“ vom gemeinsamen Sekretariat der Konferenz (ohne Datum).

Der gemeinsame Vorsitz des EA besteht aus²²:

- als Vertreter des Europäischen Parlaments: Guy Verhofstadt (Renew, Belgien),
- als Vertreter des Rates: ein Vertreter jeweils desjenigen Mitgliedstaates, der die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft innehat, beginnend mit Ana Paula Zacarias, der portugiesischen Staatssekretärin für EU-Angelegenheiten, und
- als Vertreterin der Europäischen Kommission: Vizepräsidentin Dubravka Šuica (Kroatien).

Die weiteren Mitglieder des EA sind:

- für das Parlament: Manfred Weber (Europäische Volkspartei, Deutschland) und Iratxe García Pérez (Progressiven Allianz der Sozialdemokraten, Spanien),
- für den Rat: der slowenische Staatssekretär für EU-Angelegenheiten, Gasper Dovzan, und der französische Staatssekretär für EU-Angelegenheiten, Clément Beaune,
- für die Kommission: der Vizepräsident für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau, Maroš Šefčovič (Slowakei), und die Vizepräsidentin für Werte und Transparenz, Věra Jourová (Tschechien).

Hinzu kommen Beobachter aus den anderen Organen der EU und Verbänden.²³ Interessanterweise wird die Nationalität der Mitglieder nicht berücksichtigt, sodass nicht alle Mitgliedstaaten im Exekutiv-ausschuss vertreten sind.

4.2 Die Plenarversammlung

Die Plenarversammlung soll, über ihre Sitzungen, das sichtbarste Element der Zukunftskonferenz sein. In ihr vertreten sind die drei verantwortlichen EU-Organe – Rat, Parlament und Kommission – sowie Vertreter der nationalen Parlamente. Die Präsidenten der EU-Organe bilden den „gemeinsamen Vorsitz“. Derzeit wird noch heftig darüber gestritten, ob die Plenarversammlung dasjenige Gremium sein soll, das formal die entwickelten Reformvorschläge beschließt, oder ihm nur eine Randrolle zukommen soll. Ersteres fordert das Europäische Parlament genauso vehement, wie etliche Mitgliedstaaten, mit Ausnahme Italiens, es ablehnen.²⁴

Die Zahl der Mitglieder steht noch nicht fest. Während der Rat wohl mit 54 Mitgliedern (zwei Vertreter aus jedem Land) vertreten sein wird, fordern das Europäische und die nationalen Parlamente eine

²² Siehe [Pressemitteilung der Kommission vom 24. März 2021](#).

²³ Beobachter des EU-Parlaments sind: Gerolf Annemans (Identity and Democracy, Belgien), Daniel Freund (Grüne/Europäische Freie Allianz, Deutschland), Zdzisław Krasnodębski (Europäische Konservative und Reformen, Polen) und Helmut Scholz (Die Linke, Deutschland).

- Beobachter des Rates sind: die tschechische Staatssekretärin für EU-Angelegenheiten, Milena Hrdinková, der schwedische Minister für EU-Angelegenheiten, Hans Dahlgren, der spanische Staatssekretär für die EU, Juan González-Barba Pera, und die belgische Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und stellvertretende Premierministerin, Sophie Wilmès, von Seiten des Rates.

- Die „COSAC“ (Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente) ist vertreten durch: Guido Wolf (Deutschland), Gunther Krichbaum (Deutschland), Luís Capoulas Santos (Portugal), Marko Pogačnik (Slowakei) und Bojan Kekec (Slowakei).

- Der Ausschuss der Regionen ist vertreten durch Apostolos Tzitzikostas (Griechenland) und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss durch Christa Schweng (Österreich).

- „BusinessEurope“ – das wichtigste Arbeitgeber-Netzwerk in der EU – und der „EGB“ – das wichtigste Arbeitnehmer-Netzwerk in der EU – wurden ebenfalls als Beobachter zu den Treffen eingeladen und werden vertreten durch Markus Beyrer (Österreich) und Luca Visentini (Italien).

²⁴ Siehe „EU-Zukunftskonferenz droht Auftakt-Debakel“, [Spiegelonline](#), 6.5.2021.

größere Anzahl von Vertretern. Vom EU Parlament wird vorgeschlagen, dass jeweils 108 Parlamentarier des EU-Parlaments und der nationalen Parlamente teilnehmen. Dies wird jedoch vom Rat derzeit nicht unterstützt.²⁵

Als Termin für das erste Treffen ist derzeit der 10. Juni 2021 im Gespräch. Geplant sind bis zum Frühjahr 2022 mindestens zwei Plenarsitzungen. Diese Zahl soll aber erhöht werden, wenn die pandemiebedingten Beschränkungen dies erlauben.

4.3 Digitale Plattform und Europäische Bürgerforen

Über die digitale Plattform²⁶ können die EU-Bürger ihre Gedanken zu den Themen der Konferenz formulieren und Veranstaltungen organisiert und gefördert werden. Die Plattform beinhaltet Übersetzungsmöglichkeiten, sodass auch Debatten tatsächlich möglich sind. Einige Algorithmen heben die am meisten diskutierten und befürworteten Ideen hervor.²⁷

Während die Zahl von ca. 5.000 Nutzern in den ersten Tagen schnell erreicht wurde, wächst die Teilnehmerzahl seitdem deutlich langsamer.²⁸ Dies zeigt den geringen Bekanntheitsgrad dieses Instruments. Die Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit muss deshalb intensiviert werden.

„Bürgerforen“ sollen als Schnittstelle zwischen der digitalen Plattform und dem Plenum der Konferenz dienen. Nach einem dem EA vorgelegten Vorschlag für die Struktur und Arbeitsweise dieser Foren²⁹ sollen mindestens 4 Panels gebildet werden, für die jeweils 200 Bürger – davon mindestens ein Drittel zwischen 16 und 25 – aus allen EU-Ländern per Losverfahren ausgewählt werden. In diesen Panels sollen einige der spezifischen Ideen, die aus der laufenden Debatte über die digitale Plattform hervorgegangen sind, diskutiert werden. Eine Delegation soll dann die Ergebnisse dieser Diskussion bei den Plenarversammlungen der Zukunftskonferenz präsentieren.

5 Ausblick

Die Zukunftskonferenz soll durch eine Plenarsitzung unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft im Frühjahr 2022 abgeschlossen werden. Dabei ist noch unklar, ob man dann nur eine bloße Grundsatzerklärung oder ein detailliertes Dokument wird verabschieden können.

Einerseits stellt die Zukunftskonferenz eine Gelegenheit dar, die Relevanz der partizipativen Demokratie in der EU zu fördern, die nach Meinung vieler immer noch in unbefriedigender oder zu begrenzter Weise genutzt wird.³⁰

Andererseits zeigen die Verzögerungen vor dem offiziellen Start der Konferenz Grenzen auf, gezogen etwa durch den Widerstand gegen die Konferenz in manchen nord- und osteuropäischen Staaten³¹

²⁵ Informationen aus dem Treffen der italienischen Plattform für die Konferenz zur Zukunft Europas am 30. April 2021.

²⁶ Sie ist unter der folgenden Adresse abrufbar: <https://futureu.europa.eu/>

²⁷ Informationen aus dem Treffen der italienischen Plattform für die Konferenz zur Zukunft Europas am 30. April 2021.

²⁸ Stand 7.5.2021 um 9.00 Uhr: 7.742 Teilnehmer. Quelle: <https://futureu.europa.eu/>

²⁹ Sekretariat der Konferenz über die Zukunft Europas, „[Practical modalities of the European Citizens' Panels of the Conference on the Future of Europe](#)“ (kein Datum).

³⁰ Die partizipative Demokratie ist im Artikel 11 des Vertrags vorgesehen, aber die jetzt, sehr üblichen, offenen Konsultationen die vor den politischen Vorschlägen der Kommission eingeleitet werden, sind z.B. vom Europäischen Rechnungshof als noch nicht befriedigend bewertet worden. Siehe: Europäischer Rechnungshof, [Sonderbericht n°14/2019](#). Von den bisher 78 registrierten EuropäischenBürgerinitiativen sind bisher nur 6 erfolgreich gewesen und nur bei zwei von Ihnen hat die EU-Kommission beschlossen, auch legislative Schritte einzuleiten.

³¹ Sehr bezeichnend dafür ist das [„Non Paper“ von 12 Regierungen vom März 2021](#).

und durch den anhaltenden heftigen Streit darüber, ob die Plenarversammlung es sein wird, die die entwickelten Reformvorschläge beschließt, oder ob diese Funktion der Exekutivausschuss wahrnehmen wird. Außerdem sorgt Frankreichs Drängen auf einen schnellen Abschluss für Skepsis. Frankreich übernimmt turnusgemäß zum 1. Januar 2022 die EU-Ratspräsidentschaft. Der höchstwahrscheinlich zur Wiederwahl antretende Präsidentschaftskandidat Macron möchte sich bereits im März 2022 – also während des Wahlkampfes – die Ergebnisse der Konferenz zunutze machen³² und strebt eine EU-politische Erklärung an, welche die Weichen für die europäische Integration für die darauffolgenden zehn bis fünfzehn Jahre stellt.³³

Die Zukunftskonferenz ist ein Forum, das in den Verträgen nicht vorgesehen ist. Der letztendliche Zweck ihrer Arbeit ist somit nicht klar definiert, da die Frage, ob auch Vertragsänderungen im Anschluss an die Konferenz möglich sein sollen, noch ein umstrittenes Thema ist.

Ein weiterer Punkt, der noch viele Zweifel aufwirft, ist die Frage, wie Organisationen der Zivilgesellschaft, Unternehmen und Gewerkschaften sowie lokale Behörden einen Beitrag zur Debatte leisten können. In der Tat kritisieren die derzeit vorgesehenen Beobachter³⁴, dass den von ihnen vertretenen Interessen eine nur marginale Rolle zugedacht worden sei. Ein Grund ist, dass bislang nur natürliche Personen Vorschläge über die Plattform machen können. Die genannten gesellschaftlichen Akteure sollten aber auch dazu beitragen, das Bewusstsein der Bürger zu schärfen und sie einzuladen, sich direkt an der Debatte zu beteiligen.

Trotz des an sich hohen Interesses an der Konferenz und des Wunsches der besseren Berücksichtigung der EU-Bürger bei Entscheidungen über die Zukunft Europas ist der Ausblick auf deren eigene, tatsächliche Teilnahme an der Zukunftskonferenz verhalten: So ist EU-weit nur eine knappe Mehrheit bereit, sich persönlich an den Aktivitäten im Rahmen der Zukunftskonferenz zu beteiligen.³⁵

Befürworter der Zukunftskonferenz hoffen darauf, dass sie den Beginn einer dritten Phase – nach der Gründung der EWG 1957 und der Einführung des Euros mit dem Maastrichter Vertrag von 1992 – im Prozess der europäischen Integration darstellt. Gleichzeitig ist sie aber auch nicht ohne Risiko: Denn in dem Augenblick, in dem die Erwartungen der Bürger geweckt und gesteigert werden, entsteht Enttäuschung, wenn keine konkreten Ergebnisse erzielt werden können.

³² Siehe Interview von MdEP Valérie Hayer (Renew Europe), „L'Europe sera l'un des sujets décisifs de la campagne présidentielle“, [L'Opinion](#), 8.4.2021.

³³ Mathieu Solal, „Vers une conférence sur l'avenir de l'Europe bridée par l'impatience française“, [L'Opinion](#), 3.2.2021.

³⁴ Insbesondere die bisher vorgesehenen Beobachter des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen, von BusinessEurope und der EGB.

³⁵ Eurobarometer (2021), „[Die Zukunft Europas](#)“, S. 5: 51% („ja, auf jeden Fall“ sowie „ja, wahrscheinlich“) zu 48% („nein, auf keinen Fall“ sowie „nein, wahrscheinlich nicht“) und 1% („weiß nicht“) im EU-weiten Durchschnitt.

**Autoren:**

Stefano Milia, **Centro Politiche Europee** ROMA

Dr. Patrick Stockebrandt, **Centrum für Europäische Politik** FREIBURG | BERLIN

Dr. Julien Thorel, **Centre de Politique Européenne** PARIS

Centrum für Europäische Politik FREIBURG | BERLIN

Kaiser-Joseph-Straße 266 | D-79098 Freiburg
Schiffbauerdamm 40 Raum 4315 | D-10117 Berlin
Tel. + 49 761 38693-0

Centre de Politique Européenne PARIS

18, rue Balard | F-75015 Paris
Tel. + 33 1 45 54 91 55

Centro Politiche Europee ROMA

Via G. Vico, 1 | I-00196 Roma
Tel. +390684388433

Das **Centrum für Europäische Politik** FREIBURG | BERLIN, das **Centre de Politique Européenne** PARIS und das **Centro Politiche Europee** ROMA bilden das **Centres for European Policy Network** FREIBURG | BERLIN | PARIS | ROMA.

Das Centres for European Policy Network analysiert und bewertet die Politik der Europäischen Union unabhängig von Partikular- und parteipolitischen Interessen in grundsätzlich integrationsfreundlicher Ausrichtung und auf Basis der Grundsätze einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung.